

Amtsblatt

für den Landkreis Aurich und für die Stadt Emden



Herausgeber: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich

Nr. 17

Freitag, 28. April

2017

I N H A L T :

A. Bekanntmachungen der Gemeinden

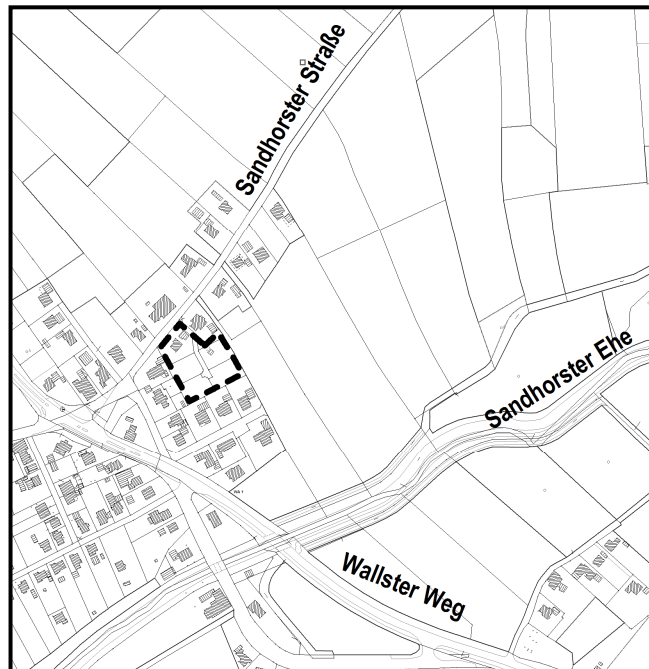
Bekanntmachung zur Bauleitplanung der Stadt Aurich Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. WA 1 (Walle)	207
Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden (Baumschutzsatzung)	208
Bekanntmachung der 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Hinte	213
Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 0413, Änderung Nr. 10 der Gemeinde Hinte	214
Jahresabschluss der Gemeinde Krummhörn für das Haushaltsjahr 2011 sowie Erteilung der Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 129 NKomVG	216

A. Bekanntmachungen der Gemeinden

Bekanntmachung zur Bauleitplanung der Stadt Aurich Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. WA 1 (Walle)

Der Rat der Stadt Aurich hat am 02.03.2017 in öffentlicher Sitzung die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. WA 1 (Walle) nach § 10 Abs. 1 BauGB (Baugesetzbuch) als Satzung beschlossen. Mit dieser Bekanntmachung tritt dieser Bebauungsplan gem. § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist aus dem nachstehenden Übersichtsplan ersichtlich.



Der Bebauungsplan mit seiner Begründung kann im Rathaus der Stadt Aurich, Fachdienst Planung, II. Obergeschoss, Bgm. Hippen Platz 1, 26603 Aurich, während der Dienststunden eingesehen werden.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen. Unbeachtlich werden demnach eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplans schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Mit der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Aurich und die Stadt Emden am 28.04.2017 tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Auf die gleichlautende Bekanntmachung im Aushangkasten des Rathauses, sowie im Internet unter www.aurich.de/rathaus/bauleitplanung.html wird hingewiesen.

Aurich, den 26.04.2017

Stadt Aurich

Der Bürgermeister
Windhorst

Satzung zum Schutz erhaltenswerter Bäume in der Stadt Norden (Baumschutzsatzung)

Aufgrund des § 29 Abs. 1 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542) zuletzt geändert durch Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I S. 1474) in Verbindung mit § 22 Abs. 1 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGB-NatSchG) vom 19.02.2010 (Nds. GVBl. S. 104) sowie § 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NkomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 16.12.2014 (Nds. GVBl. S. 434) und den §§ 1,2,4 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung vom 23.01.2007 (Nds. GVBl. S. 41) zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 17.09.2015 (Nds. GVBl. S. 186) hat der Rat der Stadt Norden in seiner Sitzung am 04.04.2017 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Geltungsbereich, Schutzzweck

- (1) Der Geltungsbereich dieser Satzung umfasst das gesamte Gebiet der Stadt Norden.
- (2) Die Erklärung der Bäume zu geschützten Landschaftsbestandteilen (§29 BNatSchG) erfolgt mit dem Ziel, sie zu erhalten, weil sie
 - das Orts- und Landschaftsbild beleben und gliedern,
 - zur Verbesserung der Lebensqualität und des Kleinklimas beitragen,
 - die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes fördern und sichern,
 - der Luftreinhaltung dienen und
 - vielfältige Lebensräume darstellen.

§ 2

Schutzgegenstand

- (1) Die Bäume im Geltungsbereich dieser Satzung werden im nachstehend bezeichneten Umfang zu geschützten Landschaftsbestandteilen erklärt.
- (2) Geschützt sind:
 - a. Bäume mit einem Stammumfang von mindestens 150 cm, gemessen in einer Höhe von 100 cm über dem Erdboden. Liegt der Kronenansatz unter dieser Höhe, ist der Stammumfang unmittelbar darunter maßgebend. Bei mehrstämmig gewachsenen Bäumen gilt das Maß unterhalb der ersten Verzweigung.
 - b. Ersatzpflanzungen gemäß § 9 dieser Satzung vom Zeitpunkt der Pflanzung an, unabhängig von Gehölzart und Größe.
- (3) Diese Satzung gilt nicht für
 - a. Nadelbäume, mit Ausnahme von Taxus (Eibe), Taxodium (Sumpfyzypresse), Metasequoia (Urweltmammutbaum), Cedrus (Zeder), Larix (Lärche) und Ginkgo
 - b. Salix (Weiden), Alnus (Erlen), Betula (Birken) und Populus (Pappeln)
 - c. Wald im Sinne des Landeswaldgesetzes, mit Ausnahme von Gehölzgruppen auf Hausgrundstücken und anderen waldartig bestockten Flächen im Siedlungsbereich, die nicht zielgerichtet forstwirtschaftlich genutzt werden
 - d. Bäume und Sträucher in Baumschulen und Gärtnereien, wenn sie Erwerbszwecken dienen
 - e. Bäume auf Friedhöfen
 - f. Straßenbäume an Bundes-, Landes- und Kreisstraßen.

- (4) Sonstige gesetzliche und in Verordnungen geregelte Schutzbestimmungen sowie Festsetzungen in Bebauungsplänen bleiben unberührt.

§ 3

Verbotene Handlungen

- (1) Es ist verboten, die geschützten Bäume zu beseitigen, zu zerstören, zu beschädigen oder in ihrer typischen Erscheinungsform wesentlich zu verändern.

- (2) Schädigungen und Beeinträchtigungen im Sinne dieser Satzung sind insbesondere:
- a. der Rückschnitt und das Kappen von Bäumen,
 - b. die Beschädigung oder das Abtrennen von Wurzeln
 - c. das Anbringen von Verankerungen und Gegenständen (z.B. Plakate, Schilder, etc.),
 - d. Abgrabungen, Ausschachtungen, Aufschüttungen oder Verdichtungen im Wurzelbereich*,
 - e. Versiegelungen des Wurzelbereiches* mit wasser- und luftundurchlässigen Materialien (z. B. Asphalt, Beton, Folie oder Ähnlichem),
 - f. das Ausbringen von Pestiziden im Wurzelbereich*, mit Ausnahme von landwirtschaftlichen Nutzflächen
 - g. das Ausbringen von Streusalz im Wurzelbereich*, soweit dieser nicht zur befestigten Straßenfläche gehört,
 - h. das Ausschütten oder Ausgießen von Salzen, Säuren, Ölen, Laugen, Farben, Abwässern im Wurzelbereich*,
 - i. das Lagern oder Aufstellen von Baumaterialien, Arbeitsgeräten und Containern im Wurzelbereich*,
 - j. das Befahren und Reparieren des Wurzelbereiches*, soweit dieser nicht zur befestigten Fläche gehört.
- (3) Nicht unter die Verbote des § 3 fallen fachgerechte Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen, insbesondere:
- a. die Beseitigung abgestorbener Äste,
 - b. die Behandlung von Wunden,
 - c. die Beseitigung von Krankheitsherden,
 - d. die Belüftung und Bewässerung des Wurzelwerkes,
 - e. die Herstellung des Lichtraumprofils an Straßen und landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie der Schnitt an Formgehölzen.
- (4) Nicht verboten sind unaufschiebbare Maßnahmen zur Herstellung der Verkehrssicherungspflicht bzw. Abwehr einer Gefahr für Personen und/oder zur Vermeidung bedeutender Sachschäden. Die Maßnahmen müssen unverzüglich dem zuständigen Fachdienst der Stadt Norden gemeldet werden.

§ 4

Schutz- und Pflegemaßnahmen

- (1) Eigentümer und Nutzungsberechtigte haben die auf ihren Grundstücken stehenden Bäume zu erhalten, zu pflegen und schädigende Einwirkungen auf die geschützten Objekte zu unterlassen. Entstandene Schäden sind fachgerecht gemäß ZTV-Baumpflege zu sanieren.
- (2) Die Stadt Norden kann die Eigentümer oder sonstigen Nutzungsberechtigten verpflichten, bestimmte Erhaltungs-, Pflege- und Schutzmaßnahmen an geschützten Bäumen durchzuführen.

§ 5

Ausnahmen und Befreiungen

- (1) Die Stadt Norden kann auf Antrag des Eigentümers oder Nutzungsberechtigten gem. § 67 BNatSchG eine Befreiung von den Verboten des § 3 dieser Satzung zulassen, wenn das Verbot
- a. zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Ausnahme mit den öffentlichen Interessen, insbesondere dem Zweck der Schutzausweisung, vereinbar ist oder
 - b. eine nach sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften zulässige Nutzung des Grundstücks sonst nicht oder nur unter unzumutbaren Beschränkungen verwirklicht werden kann.

***Wurzelbereich = Bodenfläche unter der Krone zuzüglich 1,50 m nach allen Seiten**

- (2) Auf Antrag ist eine Ausnahme zuzulassen, wenn
- a. die Stand- und Bruchsicherheit nicht mehr gegeben ist,
 - b. der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte aufgrund von Rechtsvorschriften verpflichtet ist, die geschützten Bäume zu entfernen oder zu verändern und er sich nicht in zumutbarer Weise von dieser Verpflichtung befreien kann,
 - c. von den geschützten Bäumen Gefahren für Personen oder für Sachen von bedeutendem Wert ausgehen und die Gefahren nicht auf andere Weise mit zumutbarem Aufwand beseitigt werden können, wobei die Beweispflicht beim Eigentümer oder Nutzungsberechtigten liegt,
 - d. der geschützte Baum krank ist und die Erhaltung auch unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses daran mit zumutbarem Aufwand nicht möglich ist,
 - e. die Beseitigung des geschützten Baumes aus überwiegendem öffentlichen Interesse dringend erforderlich ist.

§ 6

Genehmigungsverfahren

- (1) Ausnahmen und Befreiungen sind bei der Stadt Norden schriftlich mit Begründung zu beantragen. Dem Antrag ist ein Bestandsplan beizufügen, aus dem die auf dem Grundstück befindlichen geschützten Bäume nach Standort, Art, Höhe, Stammumfang ersichtlich sind. Die Stadt Norden kann in Zweifelsfällen die Beibringung eines Gutachtens für den zu beseitigenden Baum verlangen.
- (2) Die Entscheidung über einen Ausnahme- oder Befreiungsantrag ist schriftlich zu erteilen; sie kann mit Nebenbestimmungen, insbesondere einem Widerrufsvorbehalt verbunden werden. Die Genehmigung ist auf zwei Jahre nach der Bekanntmachung zu befristen. Auf Antrag kann die Frist um jeweils ein Jahr verlängert werden.
- (3) Für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten nach dieser Satzung werden Gebühren nach Zeitaufwand erhoben. Einzelheiten richten sich nach der Verwaltungskostensatzung der Stadt Norden und dem Kostentarif in der jeweils gültigen Fassung.

§ 7

Verfahren bei Bauvorhaben

- (1) Wird für ein Grundstück im Geltungsbereich dieser Satzung eine Baugenehmigung beantragt, so sind in einem Bestandsplan die auf dem Grundstück vorhandenen geschützten Bäume mit Stammumfang und Kronendurchmesser maßstabsgetreu einzutragen und unverzüglich unter Hinweis auf die beabsichtigte Baumaßnahme der zuständigen Baubehörde zuzuleiten. Gleiches gilt für alle geschützten Bäume, die auf Nachbargrundstücken und im öffentlichen Raum stehen und von der geplanten Baumaßnahme betroffen sind.
- (2) Absatz 1 gilt auch für Bauvoranfragen.
- (3) Im Rahmen von Bauanträgen sind Angaben zur Einrichtung der Baustelle (Baugruben, Baustraßen, Lagerflächen) zu machen. Die Vorgaben der ZTV-Baumpflege, der RAS-LP4 und der DIN 18920 sind dabei einzuhalten.
- (4) Um die Durchführung der Baumschutzmaßnahmen in vollem Umfang zu gewährleisten, kann die Stadt Norden in begründeten Fällen vom Pflichtigen eine Sicherheitsleistung in Höhe der voraussichtlich erforderlichen Kosten verlangen.

§ 8

Betretungsrecht

Bedienstete oder Beauftragte der Stadt Norden sind nach Maßgabe des § 39 NAGBNatSchG berechtigt, zur Durchführung dieser Satzung Grundstücke zu betreten und die im Rahmen dieser Satzung erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Sie sind verpflichtet, sich auf Verlangen des/der Grundstückseigentümers/in oder Nutzungsberechtigten auszuweisen.

§ 9

Ersatzpflanzung, Ausgleichszahlung

- (1) Wird für die Beseitigung eines geschützten Baumes eine Ausnahmegenehmigung oder Befreiung nach § 5 erteilt, ist der Antragsteller zur Ersatzpflanzung auf seinem Grundstück wie folgt verpflichtet:
 - a. Beträgt der Stammumfang des entfernten Baumes ≥ 150 cm, ist ein Ersatzbaum in der Qualität Stammumfang 16/18 cm, 3-4 x v., mit Drahtballierung nachzupflanzen.
 - b. Ab einem Stammumfang von 300 cm ist ein zusätzlicher Baum der oben genannten Stärke zu pflanzen.
 - c. Als Ersatzpflanzungen sind standortgerechte Laubbäume zu verwenden.
- (2) Für abgestorbene Bäume besteht keine Verpflichtung zu einer Ersatzpflanzung oder Ersatzzahlung. Eine Nachpflanzung wird empfohlen.
- (3) Sofern der Antragsteller Ersatzpflanzungen auf seinem Grundstück nicht in vollem Umfang durchführen kann und nicht über andere Grundstücke im Geltungsbereich verfügt, wo dieses möglich ist, hat er eine Ausgleichzahlung in Höhe von 600 € je Baum (hierin enthalten sind der Wert des Baumes sowie die Kosten für die Pflanzung und die Fertigstellungspflege), der nach § 9 Absatz 1 dieser Satzung zu pflanzen wäre, an die Stadt Norden zu entrichten. Die Stadt Norden verwendet eingemommene Ausgleichszahlungen zweckgebunden für Gehölzpflanzungen.
- (4) Die Verpflichtung zur Ersatzpflanzung gilt erst dann als erfüllt, wenn die Gehölze angewachsen sind. Sie sind dauerhaft zu unterhalten und sie unterliegen sofort dem Schutz dieser Satzung.
- (5) Um die Durchführung von Ersatzpflanzungen in vollem Umfang zu gewährleisten, kann die Stadt Norden in begründeten Fällen vom Pflichtigen eine Sicherheitsleistung in Höhe der voraussichtlich erforderlichen Kosten verlangen. Für die Sicherheitsleistung gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches sinngemäß mit der Maßgabe, dass die Stadt Norden die Form der Sicherheitsleistung bestimmt.

§ 10

Folgebeseitigung

- (1) Hat der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte entgegen den Verboten des § 3 ohne Ausnahmegenehmigung oder Befreiung nach § 5 einen geschützten Baum entfernt oder zerstört, so ist er zur Ersatzpflanzung oder zur Leistung eines Ausgleichs nach § 9 verpflichtet.
- (2) Hat der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte entgegen den Verboten des § 3 ohne eine Ausnahmegenehmigung oder Befreiung nach § 5 einen geschützten Baum geschädigt oder seinen Aufbau wesentlich verändert, ist er verpflichtet, die Schäden oder Veränderungen zu beseitigen oder zu mildern, soweit dies möglich ist. Anderenfalls ist er zu einer Ersatzpflanzung oder zur Leistung eines Ausgleichs nach § 9 verpflichtet.

- (3) Hat ein Dritter einen geschützten Baum entfernt, zerstört oder geschädigt, so ist der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte zur Folgebeseitigung nach den Absätzen 1 und 2 bis zur Höhe seines Ersatzanspruchs gegenüber dem Dritten verpflichtet. Er kann sich hiervon befreien, wenn er gegenüber der Stadt Norden die Abtretung seines Ersatzanspruchs erklärt.

§ 11

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 69 Abs. 7 BNatschG i. V. m. § 43 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 des NAGB-NatSchG bzw. des § 10 Abs. 5 NKomVG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
- a. entgegen den Verboten des § 3 dieser Satzung geschützte Bäume beseitigt, zerstört, beschädigt oder verändert, hierzu den Auftrag erteilt oder die Maßnahmen als Eigentümer oder Nutzungsberechtigter duldet, ohne im Besitz der erforderlichen Ausnahmegenehmigung oder Befreiung zu sein,
 - b. der Anzeigepflicht nach § 6 und § 7 dieser Satzung nicht nachkommt oder falsche und/oder unvollständige Angaben über geschützte Bäume macht,
 - c. entgegen des § 4 auferlegte Erhaltungs-, Pflege- und Schutzmaßnahmen nicht erfüllt,
 - d. nach § 9 keine Ersatzpflanzungen durchführt und unterhält und/oder keine Ausgleichszahlungen entrichtet oder
 - e. einer Aufforderung zur Folgebeseitigung gemäß § 10 nicht nachkommt.

- (2) Die Ordnungswidrigkeit nach Abs. 1 Buchst. a. kann mit einer Geldbuße bis zu 25.000 €, die Ordnungswidrigkeiten im Übrigen mit einer Geldbuße bis zu 5.000 € geahndet werden.

§ 12

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Baumschutzsatzung vom 16.02.2004 außer Kraft.

Norden, 04.04.2017

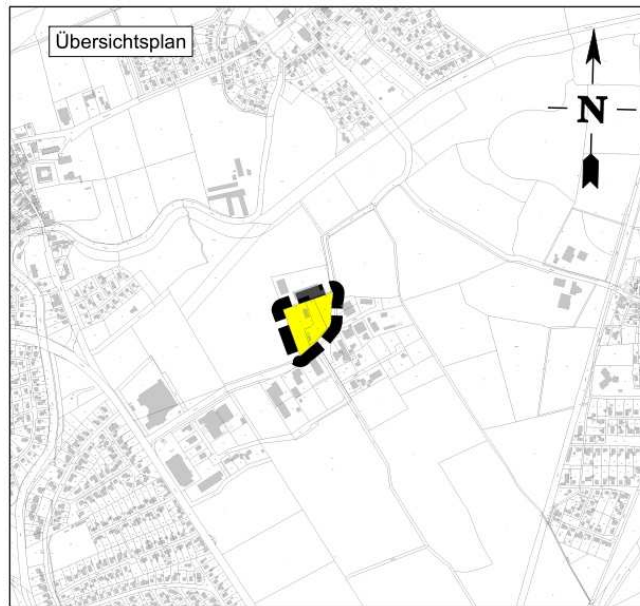
Stadt Norden

Der Bürgermeister

Bekanntmachung der 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Hinte

Das Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems hat die vom Rat der Gemeinde Hinte am 01.02.2017 in öffentlicher Sitzung beschlossene Flächennutzungsplanänderung Nr. 25 mit Verfügung vom 05.04.17 Az. : ARL WE 21–21101-52011-25 aufgrund von § 6 Baugesetzbuch (BauGB) genehmigt.

Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung ist aus dem nachstehenden Übersichtsplan ersichtlich:



Die Flächennutzungsplanänderung tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft (Vgl. § 6 Abs. 5 BauGB)

Die Flächennutzungsplanänderung kann einschließlich ihrer Begründung, Umweltbericht, Grünordnungsplan, Gutachten des Ingenieurbüros IDV Gbr. vom 18.05.2015 Dokumentation der Untersuchungen zur Bodenbeschaffenheit unter besonderer Berücksichtigung möglicher sulfatsaurer Eigenschaften sowie der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 BauGB bei der Gemeinde Hinte, Brückstraße 11a, 26759 Hinte während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann die Flächennutzungsplanänderung einsehen und über ihren Inhalt Auskunft verlangen.

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel in der Abwägung nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB werden gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1 und 3 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Hinte unter Darlegung des die Verletzung begründeten Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Ihlow, den 24.04.2017

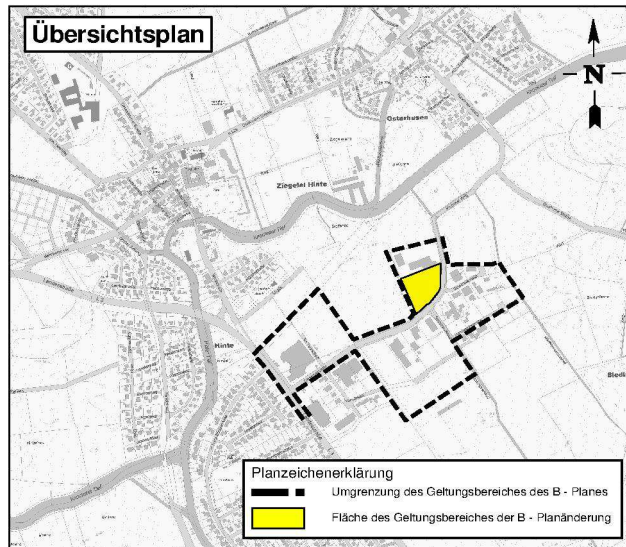
Gemeinde Hinte

Der Bürgermeister
Eertmoed

**Bekanntmachung
des Bebauungsplanes Nr. 0413, Änderung Nr. 10
der Gemeinde Hinte**

Der Rat der Gemeinde Hinte hat am 01.02.2017 in öffentlicher Sitzung den Bebauungsplan Nr. 0413, Änderung Nr. 10 mit den enthaltenen örtlichen Bauvorschriften nach §10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung ist aus dem nachstehenden Übersichtsplan ersichtlich:



Die Bebauungsplanänderung tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft (Vgl. § 10 Abs. 3 BauGB).

Die Bebauungsplanänderung kann einschließlich ihrer Begründung mit den örtlichen Bauvorschriften, Umweltbericht, Grünordnungsplan, Gutachten des Ingenieurbüros IDV Gbr. vom 18.05.2015 Dokumentation der Untersuchungen zur Bodenbeschaffenheit unter besonderer Berücksichtigung möglicher sulfatsaurer Eigenschaften sowie der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB bei der Gemeinde Hinte, Brückstraße 11a, 26759 Hinte während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann die Bebauungsplanänderung einsehen und über ihren Inhalt Auskunft verlangen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche im Falle der in den §§ 39-42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen, wenn der Antrag nicht innerhalb der Frist von drei Jahren gestellt ist, wird hingewiesen.

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens-, und Formvorschriften sowie Mängel des Abwägungsvorgangs nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB werden gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1 und 3 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Hinte unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Der Antrag gem. § 47 Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, wenn die den Antrag stellende Person oder Behörde und Träger sonstiger Belange nur Einwendungen geltend macht, die sie im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB nicht oder verspätet geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können.

Dornum, den 24.04.2017

Gemeinde Hinte

Der Bürgermeister
Eertmoed

**Jahresabschluss der Gemeinde Krummhörn für das Haushaltsjahr 2011 sowie
Erteilung der Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 129 NKomVG**

Der Rat der Gemeinde Krummhörn hat gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in seiner Sitzung am 06.04.2017 den nachstehenden Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2011 beschlossen und dem Bürgermeister die Entlastung erteilt.

Nachstehend die Bilanz in der komprimierten Darstellungsform zur Veröffentlichung gemäß § 54 Absatz 1 Satz 3 GemHKVO i. V. mit RdErl. d. MI vom 04.12.2006 -33.3-10300/2- Muster 15

Bilanz zum 31.12.2011

Aktiva				Passiva			
Pos.	Name	2010	2011	Pos.	Name	2010	2011
1.	Immaterielles Vermögen	310.248,58	356.195,29	1.	Nettoposition	73.149.431,68	72.250.595,89
2.	Sachvermögen	91.442.705,66	90.956.045,70	1.1	Basis-Reinvermögen	40.372.995,83	40.396.322,73
3.	Finanzvermögen	510.393,00	471.970,31	1.2	Rücklagen		
4.	Liquide Mittel	452.412,72	13.116,21	1.3	Jahresergebnis	-1.834.878,76	-2.183.561,41
5.	Aktive Rechnungsabgrenzung	93.995,86	98.932,73	1.4	Sonderposten	34.611.314,61	34.037.834,57
				2.	Schulden	14.900.159,36	13.104.066,59
				2.1	Geldschulden	14.646.259,17	12.885.215,33
					davon		
				2.1.1	Liquiditätskredite	1500.000,00	
				2.1.2	Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	13.146.259,17	12.885.215,33
				2.2	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		
				2.3	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	10.361,06	12.826,79
				2.4	Transferverbindlichkeiten	93.006,00	4144
				2.5	Sonstige Verbindlichkeiten	150.533,13	205.983,03
				3.	Rückstellungen	4.760.164,78	6.541.597,76
				4.	Passive Rechnungsabgrenzung		
	Bilanzsumme Aktiva	92.809.755,82	91.896.260,24		Bilanzsumme Passiva	92.809.755,82	91.896.260,24

Die Jahresabschluss 2011 der Gemeinde Krummhörn wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Der Jahresabschluss inklusive Anhang zum 31.12.2011 und der Bericht über die Prüfung der Jahresabschlusses liegen in der Zeit vom 02.05.2017 bis einschließlich 10.05.2017 während der Öffnungszeiten des Rathauses der Gemeinde Krummhörn, Rathausstr. 2, 26736 Krummhörn, Zimmer 1.09, aus.

Krummhörn, den 24.04.2017

Gemeinde Krummhörn

Baumann
Bürgermeister

Herausgeber: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7 – 13, 26603 Aurich

Bezugspreis: Jährlich 150,- € inkl. Mehrwertsteuer und Portokosten.

Einzelexemplar: 3,00 € inkl. Mehrwertsteuer und Portokosten.

Redaktionsschluss jeweils Mittwoch, 13.00 Uhr für den Erscheinungstag Freitag der Woche.

Manuskripte für die Bekanntmachung sind an das Kreistagsbüro des Landkreises Aurich, Fischteichweg 7 – 13, 26603 Aurich, Telefon (04941)16 1014 zu senden.

Laufender Bezug des Amtsblattes nur durch den Landkreis Aurich.